

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
UNTERBEZIRK TELTOW-FLÄMING



# **BESCHLUSSBUCH**

UNTERBEZIRKSPARTEITAG  
17. MÄRZ 2018  
GOLDENE 33 - LUCKENWALDE

## Inhaltsverzeichnis

<b>Leitanträge</b>	<b>1</b>
<b>Antrag 1/1/2018</b>	<b>Unterbezirksvorstand</b>
Teltow-Fläming 2020 – Smarte Region	
<i>Annahme</i> . . . . .	1
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>7</b>
<b>Antrag 2/1/2018</b>	<b>SPD-OV Ludwigsfelde</b>
Gleiche Mindestlöhne im Bereich der Pflege für West und Ost	
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .	7
<b>Antrag 3/1/2018</b>	<b>SPD-OV Jüterbog</b>
Personalübergang sicherstellen	
<i>Überweisung an: Unterbezirksvorstand</i> . . . . .	8
<b>Antrag 4/1/2018</b>	<b>SPD-OV Jüterbog</b>
Rentenpunkt bei Mindestlohn	
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i> . . . . .	9
<b>Antrag 5/1/2018</b>	<b>SPD-OV Jüterbog</b>
Gesetz für den Geltungsbereich von Tarifverträgen	
<i>Ablehnung</i> . . . . .	9
<b>Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik</b>	<b>10</b>
<b>Antrag 6/1/2018</b>	<b>SPD-OV Jüterbog</b>
Politische Bildung in der Schule stärken	
<i>Annahme</i> . . . . .	10
<b>Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generationen- und Seniorenpolitik</b>	<b>11</b>
<b>Antrag 7/1/2018</b>	<b>Unterbezirksvorstand</b>
Stärkung des Ehrenamtlichen Engagements	
<i>Annahme</i> . . . . .	11
<b>Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen</b>	<b>14</b>
<b>Antrag 8/1/2018</b>	<b>SPD-OV Rangsdorf</b>
Einrichtung von Bürgerbüros des Landkreises	
<i>Überweisung an: Unterbezirksvorstand</i> . . . . .	14

**Leitanträge**

1 **Antrag 1/I/2018**

2 **Unterbezirksvorstand**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4

5 **Teltow-Fläming 2020 – Smarte Region**

6 Die SPD will die Teltow-Fläming nachhaltig, sozial und  
7 ökologisch in der digitalen Gesellschaft gestalten. Die  
8 SPD muss sich diese Gestaltungsmacht durch gute  
9 Ideen und Konzepte erarbeiten und auch – dort wo es  
10 erforderlich ist – in der politischen Auseinandersetzung  
11 erobern.

12

13 Schlaue Regionen – Smart Regions können unter Be-  
14 teiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen  
15 und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Beiträge  
16 entwickeln. Die Digitalisierung – also die systematische  
17 Nutzung moderner Informations- und Kommunikati-  
18 onstechnologien – kann die Basis für Lösungen sein.  
19 Dabei muss allerdings die digitale Transformation  
20 gesellschaftlich – also politisch – gestaltet werden.  
21 Wie wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen, ent-  
22 scheidet sich in der politischen Auseinandersetzung.  
23 Überlassen wir den neoliberalen Kräften den Raum,  
24 um den digitalen Kapitalismus zu entfesseln oder  
25 bringen wir uns aktiv dort ein, wo wir es können –  
26 in der Region, in den Betrieben, in den Verwaltungen  
27 und Organisationen. Dabei müssen wir das richtige  
28 Maß finden, zwischen grundsätzlicher gesellschaftli-  
29 cher Diskussion über die Richtung und Potenziale des  
30 digitalen Kapitalismus und den sehr konkreten Hand-  
31 lungsmöglichkeiten vor Ort. Die konkrete politische  
32 Gestaltung findet immer dort statt, wo wir sind. Also  
33 hier. Hier in der Region – hier Teltow-Fläming. Wir  
34 müssen die Betroffenen zu Beteiligten machen – dieser  
35 alte Grundsatz gilt auch für eine Smart Region.

36

37 Vier Handlungsfelder sollen an dieser Stelle als Bei-  
38 spiele benannt werden, in denen wir konkret uns  
39 die Digitalisierung nutzbar machen können, um die  
40 Lebensbedingungen der Menschen in Teltow-Fläming  
41 zu verbessern. Diese vier Felder sind: Die Energiewende,  
42 die eine „Mobilitätswende“ erfordert, die „Gesunde-  
43 Region“, die auch durch den demographischen Wandel  
44 gekennzeichnet ist, und das „Lebenslange Lernen“, um  
45 den Wert der Arbeitskraft zu erhalten und zu steigern  
46 und die „Verwaltung 4.0“.

**Annahme**

1  
2 In allen vier Handlungsfeldern verändert die Digitali-  
3 sierung den öffentlichen und privaten Raum in unserer  
4 Region. Für uns in Teltow-Fläming ist es notwendig,  
5 dass wir uns dem Thema Digitalisierung zuwenden  
6 und in einem Zukunftskonzept für die Handlungsfelder  
7 die Potenziale aufzeigen und die Umsetzung gestalten.  
8  
9 Mittlerweile ist allen klar, dass sich die Energiewende  
10 nur realisieren lässt, wenn es zu einer „Mobilitäts-  
11 wende“ kommt. Hierbei hat die Elektromobilität nicht  
12 nur für den Produktions- und Industriestandort eine  
13 große Bedeutung, mit der Folge, dass auch in unseren  
14 Gemeinden eine umfassende Infrastruktur von Lade-  
15 säulen und Ladepunkten geschaffen werden muss.  
16 Hierzu bedarf es eines Masterplans „Elektrosäulen“ für  
17 Teltow-Fläming. Den gibt es bisher nicht. Es ist Auf-  
18 gabe der Kreistagsfraktion, einen solchen Masterplan  
19 „Elektrosäulen“ zu initiieren und zu koordinieren. Das  
20 Thema „Elektromobilität“ ist aber nur eine Facette  
21 der „Mobilitätswende“. Andere wesentliche Elemente  
22 sind die flexible Nutzung von Elektrofahrrädern, die  
23 man an unterschiedlichen Stellen in der Region leihen  
24 und zurückgeben kann oder auch ein umfassendes  
25 Carsharing-Angebot in der Region, so dass es durch  
26 einen guten kombinierten Service für viele Menschen  
27 möglich wird, auf das eigene Fahrzeug zu verzichten.  
28 Dies ist in der Region nicht einfach zu realisieren.  
29  
30 Die Vorstellung ist, mit der Digitalisierung eine regio-  
31 nale Plattform zu realisieren, die es dem Nutzer, dem  
32 Bürger erlaubt, Individualverkehr und öffentlichen  
33 Verkehr sinnvoll und nach individuellen Bedürfnissen  
34 zu kombinieren. So kann man bspw. ein E-Bike für  
35 den Hinweg nutzen und den Rückweg mit dem Bus  
36 bestreiten. Oder man nutzt eine Woche ein Elektroauto  
37 über Carsharing und dann wieder den Nahverkehr.  
38 Dies alles soll man zukünftig über eine regionale  
39 Mobilitätsplattform reservieren, buchen und bezahlen  
40 können. Der VTF entwickelt sich so zum umfassenden  
41 Mobilitätsanbieter – dies in Zusammenarbeit mit  
42 privaten Unternehmen.  
43  
44 Ein zweites wichtiges Handlungsfeld ist die **Gesun-**  
45 **deRegion**. Gesundheit ist lebenswichtig. Deshalb soll  
46 zukünftig im Landkreis systematisch daran gearbeitet  
47 werden, wie mit Hilfe der Digitalisierung die Ver-  
48 sorgung der Menschen verbessert werden kann. Die  
49 Potenziale reichen von der Nutzung der Gesundheits-  
50 karte bis zur Vernetzung der Ärzte, Krankenhäuser und

1 Apotheken. Warum kann nicht der Arzt das notwendige  
2 Rezept direkt zur Wahl-Apotheke senden und die Aus-  
3 lieferung erfolgt per Bote? Auch das Beratungsangebot  
4 für die Menschen könnte systematisch mit Hilfe der Di-  
5 gitalisierung und der künstlichen Intelligenz ausgebaut  
6 werden. Unsere Region hat sehr großes Potenzial.

7  
8 Eine Gestaltungsplattform „GesundeRegion“ unter Be-  
9 teiligung möglichst vieler im Gesundheitssektor Aktiver  
10 und der Patientinnen und Patienten könnte ein Impuls  
11 sein. Eine „GesundeRegion“ ist natürlich nicht nur über  
12 Digitalisierung zu schaffen, sondern auch durch eine  
13 gesunde und aktive Lebensweise. Hier die Verbindung  
14 zwischen dem Potenzial der Digitalisierung und dem  
15 realen Leben modellhaft zu gestalten, könnte die Tür  
16 für eine positive Haltung der Menschen zur Digitalisie-  
17 rung öffnen. Eine Teilaufgabe der „GesundenRegion“  
18 ist auch, den demografischen Wandel zu gestalten.  
19 Vor allem in der Art und Weise, dass die steigende  
20 Lebenserwartung dazu führt, dass Menschen sehr viel  
21 länger in ihrem häuslichen Umfeld verbleiben kön-  
22 nen. Dies ist in vielen Fällen auch das Ziel der Menschen.

23  
24 Hier kann die Digitalisierung dazu nutzen, dass  
25 Frühwarn- und Sicherheitssysteme insbesondere für  
26 ältere Mitmenschen ausgebaut werden, um einen  
27 Aufenthalt in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Es  
28 gibt bereits eine Reihe von Modellansätzen in Deutsch-  
29 land. Allerdings käme es darauf an, ein systematisches  
30 Zusammenführen aller Handlungs- und Aufgaben-  
31 träger in diesem Arbeitsumfeld zu organisieren. Es ist  
32 Aufgabe des Landkreises Teltow-Fläming, eine entspre-  
33 chende Plattform zu entwickeln, die dazu führt, dass in  
34 dieser Versorgungsfrage Teltow-Fläming eine führende  
35 Rolle einnimmt.

36  
37 Das dritte Beispiel einer „**Smart Region**“ umfasst das  
38 Handlungsfeld „Lebenslanges Lernen“. Wir wissen  
39 heute, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im  
40 Laufe ihres Berufslebens die Tätigkeit und den Arbeit-  
41 geber mehrfach wechseln und in unterschiedlichen  
42 Beschäftigungsverhältnissen arbeiten werden. Die  
43 digitale Transformation wird die Anforderungen an die  
44 Beschäftigten weiter steigern und die Arbeitsbedin-  
45 gungen immer wieder und in kürzeren Zeitintervallen  
46 verändern. Das Thema „Qualifizierung im Zeitalter  
47 der digitalen Transformation“ ist natürlich vor allem  
48 eine Aufgabe für die Tarifvertragsparteien. Aber im  
49 „Kampf um die Köpfe“ ist es auch eine besondere  
50 regionalpolitische Aufgabe für eine gute Aus-, Fort-,

1 und Weiterbildungsinfrastruktur zu sorgen. Hier ist  
2 Teltow-Fläming auf eine intensivere Kooperation mit  
3 der Universität Potsdam sowie der Hochschule Wildau  
4 angewiesen. Die Infrastruktur muss dabei auch für  
5 die Fort- und Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen  
6 und Arbeitnehmer in nichtakademischen Berufen  
7 entwickelt werden. Vor allem in Verbundprojekten  
8 mit der Arbeitsverwaltung sind geeignete Qualifizie-  
9 rungsmaßnahmen für geringer qualifizierte Menschen  
10 zu entwickeln. Die digitale Transformation wird dazu  
11 führen, dass es für Arbeitnehmerinnen und Arbeit-  
12 nehmer ohne Berufsausbildung sehr schwer wird, die  
13 Anforderungen des Arbeitsmarktes zu erfüllen. Die ent-  
14 scheidende Aufgabe haben die Tarifvertragsparteien  
15 in der Gestaltung der Arbeitsplätze. Allerdings kann  
16 durch Schaffung der Transparenz über den regionalen  
17 Arbeitsmarkt in der Digitalen Transformation die Dis-  
18 kussion befördern. Auch hierzu ist eine Plattform mit  
19 den regionalen Akteuren zu schaffen.

20

21 Für die **Digitalisierung der Kommunalverwaltungen**  
22 in Teltow-Fläming (Verwaltung 4.0) muss es sozial-  
23 demokratischer Anspruch sein, dass diese über die  
24 reinen Effizienzsteigerungsaspekte hinausgeht und  
25 das Potenzial für die Modernisierung der Verwaltung  
26 ergriffen wird. Wichtig sind hier drei Aspekte:

27

- 28 • Basis für interkommunale Zusammenarbeit
- 29
- 30 • Bessere Rahmenbedingungen für die Verwaltungs-  
31 mitarbeiterinnen und -mitarbeiter, wenn es darum  
32 geht, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu  
33 bringen
- 34
- 35 • Einheitliche E-Government-Infrastrukturen, die am  
36 Bedarf der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet  
37 sind, anstatt an den Zuständigkeitsgrenzen der  
38 Verwaltung

39

40 Die Kommunen können hierzu die Voraussetzungen  
41 schaffen, indem sie verwaltungsübergreifend einheitli-  
42 che IT-Infrastrukturen schaffen, die den Austausch von  
43 Dienstleistungen über Verwaltungsgrenzen hinweg  
44 ermöglichen, um diese in Bürgerportalen und Apps  
45 bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen.

46

47 Diese einheitlichen IT-Infrastrukturen sind zugleich die  
48 Basis dafür, die Zukunftsaufgaben der Verwaltungen  
49 besser in Zusammenarbeit stemmen zu können. Hierzu  
50 vier Beispiele:

- 1
- 2 • Öffentliche Daten der Kommunen transparent
- 3 machen
- 4
- 5 • Energie einsparen durch Hausautomatisation der
- 6 zahlreichen kommunalen Gebäude
- 7
- 8 • Verkehr dynamisch steuern und Parkraum bewirt-
- 9 schaften
- 10
- 11 • Einspareffekte durch gemeinsame Vergaben reali-
- 12 sieren
- 13
- 14 Die Digitalisierung der Verwaltung bedeutet auch
- 15 einen Wandel der Arbeitswelt der Mitarbeiterinnen
- 16 und Mitarbeiter in den Verwaltungen. Hier gilt es die
- 17 Chancen zu ergreifen, die im mobilen Arbeiten liegen,
- 18 wenn es darum geht, Familie und Beruf miteinander
- 19 in Einklang zu bringen. Unter enger Einbindung der
- 20 Personalvertretungen sind aber auch die Risiken zu
- 21 beachten, damit die Digitalisierung nicht zu einer
- 22 neuen Art von Ausbeutung der Mitarbeiterschaft führt.
- 23
- 24 Was ist konkret zu tun?
- 25
- 26 1. Neben der Schaffung von Stellen zu Digitalisierung
- 27 der Verwaltung, ist zusätzlich eine geeignete Orga-
- 28 nisation zur Initiierung von Aktivitäten zur Smart
- 29 Region zu bilden. Dies erfordert auch zusätzliche
- 30 Personalkapazitäten. Die digitale Transformation
- 31 in der Region muss aktiv mitgestaltet werden.
- 32
- 33 2. In den vier Handlungsfeldern sind Plattformen zu
- 34 schaffen, um die handelnden Akteure zusammen
- 35 zu bringen. Dies ist eine Aufgabe des Landkreises
- 36 in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Hier
- 37 sind auch Förderprogramme des Bundes und der
- 38 Europäischen Union bspw. Horizon 2020 zu nutzen.
- 39
- 40 3. In den Handlungsfeldern sind Dialogkonferenzen
- 41 zu organisieren, um den Fortschritt der Aktivitäten
- 42 zu messen. Dabei ist klar, dass die aufgezeigten
- 43 Handlungsfelder heute dringend und aktuell sind.
- 44 Sie mögen sich im Laufe der Zeit wandeln und
- 45 verändern.
- 46
- 47 4. Die digitale Transformation erfordert die regional
- 48 gesellschaftspolitische Gestaltung der Politik unter
- 49 Beteiligung der Menschen vor Ort. Dies ist eine
- 50 langfristige Aufgabe, die Ausdauer und Hartnä-

- 1 ckigkeit erfordert.
- 2





**Arbeitsmarktpolitik**

1 **Antrag 2/1/2018**

2 **SPD-OV Ludwigfelde**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Gleiche Mindestlöhne im Bereich der Pflege für West**  
8 **und Ost**

9 Die SPD-Bundestagsfraktion wird beauftragt, einen  
10 Dialog mit den Mitgliedern der Pflegekommission zu  
11 initiieren, um bis 2020 eine Angleichung des Pflege-  
12 mindestlohnes Ost an den Pflegemindestlohn West zu  
13 erreichen.

14

15 **Begründung**

16 Hintergrund:

17

18 Mindestentgelte für die Pflegebranche (Pflegemindest-  
19 lohn) werden vom Bundesministerium für Arbeit und  
20 Soziales mittels einer Pflegearbeitsbedingungsverord-  
21 nung beschlossen. Grundlage für diesen Beschluss ist  
22 der Antrag der paritätisch besetzten Pflegekommission.

23

24 Die 3. Pflegearbeitsbedingungskommission hat am  
25 25.04.2017 einen Antrag an das Bundesministerium für  
26 Arbeit und Soziales (BMAS) gerichtet, der vom Ministe-  
27 rium im Rahmen eines Ordnungsverfahrens umgesetzt  
28 wurde. Die Rechtsverordnung, die im August 2017 im  
29 Bundesanzeiger veröffentlicht wurde, sieht folgende  
30 Staffelungen der Mindestlöhne vor:

31

32 West Ost

33

34 bis 31.12.2017 10,20 € 9,50 €

35

36 ab 01.01.2018 10,55 € 10,05 €

37

38 ab 01.01.2019 11,05 € 10,55 €

39

40 ab 01.01.2020 11,35 € 10,85 €

41

42 **Begründung:**

43

44 Die Versorgung von Menschen mit einem Bedarf an  
45 Pflege und damit einhergehend die Unterstützung  
46 der Angehörigen ist ein Thema, ist die zentrale gesell-  
47 schaftspolitische Herausforderung der nächsten Jahre.

48

**Annahme in der Fassung der Antragskommission**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird beauftragt, den im Koalitionsvertrag vereinbarten Dialog mit den Mitgliedern der Pflegekommission sehr zeitnah zu initiieren, um bis spätestens 2020 eine Angleichung des Pflegemindestlohnes Ost an den Pflegemindestlohn West zu erreichen.

1 Diese Herausforderung ist nur zu meistern, wenn es  
2 in Deutschland gelingt, Fachkräfte auszubilden und zu  
3 gewinnen. Dabei stehen Einrichtungen und Privatleute  
4 aber auch die unterschiedlichen Bundesländer und  
5 Regionen im Wettbewerb miteinander. Es ist davon  
6 auszugehen, dass der Mindestlohn der Branchen einen  
7 Teil der Attraktivität eines Arbeitsplatzes in der Pflege  
8 ausmacht. Der unterschiedlichen Mindestlöhne –  
9 unterteilt in Ost und West verzerren den Wettbewerb  
10 zu Ungunsten der neuen Bundesländer. Diese Wettbe-  
11 werbsverzerrung ist vor dem Hintergrund, dass in den  
12 Flächenländern Ost der Anteil der 65-79jährigen und  
13 der über 80jährigen höher ist als in den Flächenländern  
14 West (siehe Tabelle des Statistischen Bundesamtes).

15  
16 Die Einteilung in Ost und West ruht auf historische Ge-  
17 gebenheiten, die bereits seit über 28 Jahren nicht mehr  
18 existieren. Damit gibt es mittlerweile ganze Generation  
19 von Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre  
20 Berufsausbildung und ihr vollständiges Erwerbsleben  
21 in der heutigen Bundesrepublik verbracht haben, so  
22 dass sich die genannte Einteilung überholt hat.

23  
24 Quelle: Statistisches Bundesamt  
25 <https://service.destatis.de/laenderpyramiden/> –  
26 Abruf: 11.01.2018

27 **Antrag 3/1/2018**  
28 **SPD-OV Jüterbog**  
29 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**  
30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
31  
32 **Personalübergang sicherstellen**  
33 Ausschreibungen unter SPD Verantwortung stellen  
34 einen Personalübergang in die beauftragte Firma  
35 sicher.  
36  
37 **Begründung**  
38 Entsprechend der EU – Richtlinie ist dies für den Schie-  
39 nenverkehr bereits so geregelt.  
40  
41 Gerechtigkeit meint gleiches Recht für alle und ist ein  
42 Prinzip sozialdemokratischen Handelns und somit z.B.  
43 auch für Reinigungskräfte durchzusetzen.

**Überweisung an: Unterbezirksvorstand**

- 1 **Antrag 4/1/2018**  
2 **SPD-OV Jüterbog**  
3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**  
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
5  
6 **Rentenpunkt bei Mindestlohn**  
7 Unsere Vertreter/innen auf Bundesebene und im  
8 Bundesrat wirken darauf hin, dass der Mindestlohn für  
9 Arbeitnehmer/innen einen Rentenpunkt erwirtschaftet.  
10  
11  
12 **Begründung**  
13 Es muss vermieden werden, dass ein 35 Jahre arbeitender  
14 Mensch im Alter Grundsicherung beantragen muss.  
15 Dadurch wird das Abstandsgebot verletzt und die  
16 Leistungsträger/innen beschämt, bisweilen in extreme  
17 politische Richtungen getrieben.

**Annahme in der Fassung der Antragskommission**

Unsere Vertreter/innen auf Bundesebene und im Bundesrat wirken darauf hin, dass der Mindestlohn so angehoben wird das die Rente im Alter maßgeblich über der Grundsicherung liegt.

- 
- 18 **Antrag 5/1/2018**  
19 **SPD-OV Jüterbog**  
20 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**  
21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
22  
23 **Gesetz für den Geltungsbereich von Tarifverträgen**  
24 Unsere Vertreter im Bundestag initiieren ein Gesetz,  
25 durch das von Tarifparteien ausgehandelte Verträge  
26 lediglich für die direkten Mitglieder der Tarifparteien  
27 gelten.  
28  
29 **Begründung**  
30 Die gefällten gerichtlichen Entscheidungen auf der  
31 Grundlage der augenblicklichen Gesetzeslage haben  
32 zu einer Stärkung der Spartengewerkschaften (siehe  
33 Lokführer/Piloten/Ärzte) und somit einer Entsolidarisierung,  
34 d.h. Schwächung der Kampfkraft der  
35 Arbeitnehmer/innen geführt.

**Ablehnung**

**Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik**

- 1 **Antrag 6/1/2018**
- 2 **SPD-OV Jüterbog**
- 3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
- 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- 5
- 6 **Politische Bildung in der Schule stärken**
- 7 Das Fach Politische Bildung muss durchgängig von
- 8 Klasse 5 bis zum Abschluss der schulischen Bildung
- 9 (gymnasialer Abschluss 12.Klasse, Hauptschulabschluss
- 10 10.Klasse) durchgeführt werden.
- 11
- 12 **Begründung**
- 13 Junge Menschen bekommen nicht immer von den
- 14 Eltern demokratisch
- 15
- 16 politisches Denken vermittelt. Sie müssen jedoch als
- 17 Staatsbürger/innen politische Vorgänge im Rahmen
- 18 des Grundgesetzes bewerten können. Dieser Antrag
- 19 soll als Prävention dienen, sodass in Zukunft weniger
- 20 Jugendliche aufgrund von nicht ausreichender politi-
- 21 scher Bildung
- 22
- 23 in extreme politische Richtungen abrutschen.

**Annahme**

1 **Antrag 7/1/2018**

2 **Unterbezirksvorstand**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Stärkung des Ehrenamtlichen Engagements**

8 Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen für  
9 die Stärkung des Ehrenamtes ein und zwar für das  
10 Ehrenamt, welches sich in Notsituationen für andere  
11 uneigennützig einsetzt. Ansatzpunkte dieser Förde-  
12 rung sind insbesondere die Stärkung der Vereinbarkeit  
13 von Beruf, Privatleben und Ehrenamt, die Schaffung  
14 von finanziellen und nicht-finanziellen Anreizen für  
15 den Eintritt in ein Ehrenamt sowie die Schaffung von  
16 Anreizen zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit für  
17 Unternehmen. Zudem ist auf eine größere gesellschaft-  
18 liche Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit hinzuwirken.  
19

20 Hierzu verfolgt die SPD auf den jeweilig zuständigen  
21 politischen Ebenen folgende Lösungsansätze:

22

23 Anreize für Arbeitgeber zur Freistellung von ehrenamt-  
24 lich Tätigen

25

26 • Auszeichnung von Betrieben für Ehrenamtsfreund-  
27 lichkeit

28

29 • Anhebung von Entschädigungssatzungen für die  
30 Abstellung von Mitarbeitern auf kommunaler und  
31 auf Landesebene

32

33 • Stärkere Förderung von Führerscheinen bei Ange-  
34 stellten

35

36 Anreize zur Gewinnung von Ehrenamtlichen

37

38 • Nutzung der BufDi-Förderung oder der Finanzie-  
39 rungsmittel des Freiwilligen Sozialen Jahres für  
40 Ehrenamtler, die sich langfristig verpflichten.

41

42 • Stärkere Förderung von Führerscheinen

43

44 • Finanzierung zusätzlicher (Erholungs-)Urlaubstage  
45 für Feuerwehrmitglieder analog zum Kostenersatz  
46 bei Bildungsfreistellung

47

48 • Erhöhung der Entschädigungssatzungen für ehren-

Annahme

- 1       amtlich Tätige  
2  
3       • Vergleich zwischen den Entschädigungssatzungen  
4       unterschiedlicher Kommunen über den Landes-  
5       bzw. Bundesfeuerwehrverband – Entwicklung von  
6       Best-Practices  
7  
8       • Rentenpunkte für Ehrenamtler  
9  
10       • Anrechenbarkeit von ehrenamtlicher Tätigkeit  
11       bei Zugangsvoraussetzungen zu Hochschulen,  
12       Ausbildungen o.Ä.

13  
14       Vereinbarkeit Familie und Ehrenamt

- 15  
16       • Vergünstigter Zugang zu sozialen und kulturellen  
17       Einrichtungen auch für die Familien und Angehörigen  
18  
19  
20       • Kooperationen mit anderen Einrichtungen und  
21       Gewerbetreibenden vor Ort (ggf. in Verbindung  
22       mit Auszeichnungssystem zur Ehrenamtsfreundlichkeit)  
23  
24

25       **Begründung**

26       Die Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten ist ein  
27       Indikator für einen ausgeprägten Gemeinschaftssinn  
28       und fördert das Zusammenleben in unserer Gesellschaft.  
29       Fernab von jedem persönlichen Gewinnstreben geben  
30       alltäglich Bürgerinnen und Bürger ihre Zeit  
31       und ihre Arbeitskraft für verschiedene Ehrenämter  
32       und setzen damit ein Zeichen der Solidarität zu ihren  
33       Mitmenschen. Dieses bürgerschaftliche Engagement  
34       verdient Anerkennung und Würdigung.

35  
36       Wer sich ehrenamtlich und freiwillig engagiert, tut  
37       viel für Andere, für die Gemeinschaft und für den  
38       Zusammenhalt der Gesellschaft. Ehrenamtliche geben  
39       reichlich: Zeit, Zuwendung, Kompetenzen und nicht  
40       selten auch Geld. Bürgerschaftliches Engagement ist  
41       unverzichtbar für das Funktionieren der modernen  
42       Gesellschaft. Dieses Engagement gilt es zu fördern.

43  
44       Zur Förderung des freiwilligen Engagements gehört  
45       dabei eine Kultur der Anerkennung für das, was von den  
46       Bürgerinnen und Bürgern freiwillig geleistet wird. Dies  
47       wird in vielen Bereichen durch die limitierten finanziellen  
48       Möglichkeiten von kommunalen Haushalten begrenzt.  
49       Dennoch lassen sich zahlreiche Lösungsansätze realisieren,  
50       die den Ehrenamtlichen angemessen

1 Dank und Wertschätzung zum Ausdruck bringen  
2 und die gleichzeitig Anreize für die Aufnahme eines  
3 Ehrenamtes bieten – sei es für den Menschen der Eh-  
4 renamt anstrebt oder durch den jeweiligen Arbeitgeber.  
5  
6 Diese Ansätze müssen wir auf allen politischen Ebenen  
7 verfolgen, insbesondere auch weil der hilfeleistende,  
8 integrative und vorbeugende Einsatz der zahlreichen  
9 Ehrenamtlichen der Gesellschaft häufig weit höhere  
10 Kosten erspart.  
11  
12 Dies gilt für nahezu alle ehrenamtlichen Tätigkeiten:  
13 angefangen von der Jugendarbeit im Sportverein,  
14 über die Übernahme von ehrenamtlichen politischen  
15 (kommunalen) Mandaten bis hin zur Mitwirkung in  
16 Kulturvereinen, die das Zusammenleben in Ortsge-  
17 meinschaften fördern. Eine besondere Einsatzbereit-  
18 schaft und gesellschaftliche Bedeutung liegt jedoch  
19 auf der ehrenamtlichen Arbeit in den Behörden und  
20 Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, wie der  
21 Feuerwehr oder dem Technischen Hilfswerk.  
22  
23 Die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr  
24 ist von elementarer Bedeutung für die langfristige  
25 Sicherstellung des Brandschutzes und des Rettungs-  
26 dienstes in unseren Kommunen. Die Feuerwehrleute  
27 investieren einen großen Teil ihrer Freizeit um diese  
28 Einsatzbereitschaft zu erhalten. Dabei sind sie hohen  
29 körperlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt.  
30  
31 Leider wird es in vielen Teilen unseres Landes immer  
32 schwieriger freiwillige Einsatzkräfte für den aktiven  
33 Dienst in den Feuerwehren zu gewinnen. Dies gilt ins-  
34 besondere für den ländlichen Raum. Da eine flächende-  
35 ckende Sicherung des Brand- und Katastrophenschut-  
36 zes mit hauptamtlichen Kräften für die Kommunen aber  
37 sowohl finanziell als auch organisatorisch nicht möglich  
38 ist, bedarf es hier eines besonderen Einsatzes zur Stär-  
39 kung der ehrenamtlichen Tätigkeit.

**Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen**

1 **Antrag 8/1/2018**

2 **SPD-OV Rangsdorf**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4

5 **Einrichtung von Bürgerbüros des Landkreises**

6 Die SPD Teltow-Fläming setzt sich für die Einrich-  
7 tung von ein oder zwei Bürgerbüros des Landkreises  
8 Teltow-Fläming ein, wo die wichtigsten Bürgerdienst-  
9 leistungen gut erreichbar angeboten werden.

10

11 **Begründung**

12 Die geplante/gescheiterte Kreisgebietsreform wie auch  
13 der Ärger über die Schließung der Kfz-Zulassungsstelle  
14 in Zossen hat gezeigt, welche Bedeutung eine bür-  
15 gernahe Verwaltung für die Bevölkerung hat. Die  
16 Erreichbarkeit von Dienstleistungen der Kreisver-  
17 waltung Teltow-Fläming ist durch die von Berlin  
18 ausgehenden Hauptverkehrsstränge insbesondere  
19 für die an der Dresdener Bahn und der B 96 lebenden  
20 BürgerInnen sehr schwierig. Dasselbe gilt für die Flücht-  
21 linge dort insbesondere in Bezug auf das Ausländeramt.

22

23 Ein Bürgerbüro in Zossen, das die häufigsten Fragen  
24 und regelmäßig genutzte Dienstleistungen anbietet,  
25 wäre ein erster Schritt. Bei entsprechender Nachfrage  
26 und einer erfolgreichen Einrichtung könnte ein weite-  
27 res Bürgerbüro in Ludwigsfelde geprüft werden. Andere  
28 große Landkreise, z.B. in Mecklenburg-Vorpommern  
29 bieten auch Dienstleistungen an mehreren Standorten  
30 an.

31

32 Dies könnte zudem auch für MitarbeiterInnen aus  
33 der jeweiligen Region interessante Perspektiven bieten.  
34 Außerdem würden dann unnötige Fahrten von Bürge-  
35 rInnen und MitarbeiterInnen zur Kreisverwaltung ge-  
36 spart – nicht nur ein Beitrag zur Zeitersparnis und Bür-  
37 gernahe und damit zur Akzeptanz unserer demokrati-  
38 schen Strukturen, sondern auch zum Klimaschutz.

**Überweisung an: Unterbezirksvorstand**